

Volks-Zeitung

mit Täglichem Familienblatt und Illustriertem Sonntagsblatt
Abend-Ausgabe

Ercheint täglich... 75 Pf. monatlich... Abonnementpreis für auswärts...

Haupt-Expedition: SW. Jerusalemstr. 64/69... Verlags-Druck: Rudolf-Mosse, Berlin SW.

Redaktion: Jerusalemstr. 64/69... nimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Teuer aber schlecht.

Die „Segnungen“ der Protestantenmissionen. Heber den Wert der Missionen — wir verstehen darunter Bestallungen behufs Anstiftung zum religiösen Glaubenswechsel...

20,500 Mark! Die englischen Blätter weisen daher mit vollem Recht die Frage auf, ob es nicht besser wäre, dieses Geld für wohltätige Zwecke auszugeben.

Mit der christlichen Mission in Afrika und ihren „Erfolgen“ sieht es gleichfalls sehr traurig aus. In einem Artikel der „Munch. Neuesten Nachrichten“ schildert Walter Feibner v. Nummel die „Spaltenseiten der Missionen“ aus Grund persönlicher Erfahrungen wie folgt:

Es ist nun immer — ich stelle das voran — ein Unling, das Glaubensboten verschiedener Konfessionen auf einem und demselben Flecken Erde bestreiten lassen. Da kann es denn leicht so kommen, wie es in einer untere afrikanischen Kolonie einmal geschehen ist...

Teuer aber schlecht — das ist die Devise, nach der in der Mission gearbeitet wird. Die Resultate gewinnen dabei natürlich nicht, das geringste. Erdbem kommt es im heiligen Versehen vor, daß sogar in den Schulen der umwohnenden Stämme mit Missionsgesellschaften der Kopf verkehrt wird, ja, daß ihnen sogar für missige Missionsstratagien ihre Sparpläne abgenommen werden.

Von hervorragenden Kennern der Missionsverhältnisse, zum Beispiel von dem früheren deutschen Gesandten in China, Herrn v. Brand, ist überdies unüberdrehlich nachgewiesen, daß die Missionen an vielen Möglichkeiten und Verheerungen der eingeborenen Bevölkerung schuld sind, die zu den schwersten politischen Komplikationen führen. Man denke nur an die sinnlose Bogenvergehung.

Die Revolte von Caracas. Zu den Unruhen, die in Caracas, der Hauptstadt von Venezuela, gefestigt werden, sind weitere Berichte in New-York eingetroffen, wonach die Stadt von Tagesanbruch bis 1 Uhr nachmittags unter der Herrschaft des Walfes stand, das jedoch ohne Folgen war.

Wilhelm II. als Schloß- und Grundbesitzer.

Zu den Nachrichten über den Verkauf königlicher Schlösser wird eine Uebersicht über den Verkauf königlicher Schlösser der Kaiser überhaupt beifügt. Dabei muß man unterscheiden zwischen den Kronjägern, zu denen viele Schlösser gehören und den Schloßbesitzern, die das Privateigentum des Kaisers sind.

Von den drei Schlössern, die in Berlin sind, sind das Schloß Bellevue und das Schloß Monbijou Privateigentum, während das Königsschloß zu den Kronjägern gehört. In Potsdam sind 13 Paläste Privateigentum des Kaisers. 1. das Neue Palais, 2. das Schloß Babelsberg, 3. die Pfaueninsel, 4. das Jagdschloß Stern, 5. die Pfaueninsel, 6. das Stadtschloß, 7. das Schloß Charlottenhof, 11. das Belvedere, 12. ein kleines Landhaus, 13. Schloß Sadow. Hannover hat ein Residenzschloß, das aber nicht Privateigentum des Kaisers ist. Ebensovienig wie das Stadtschloß in Slettin und das Stadtschloß in Kassel. Dagegen sind die Schlösser Wilhelmshöhe und die Löwenburg, die sich bei Kassel befinden, dem Kaiser persönlich angehörend. Er hat ferner Privateigentum noch in Wiesbaden, in Freienwalde an der Oder, in Königsberg, in Celle, in Stragburg im Elsaß, in Königsmutterhausen, in Osnabrück, in Trouville, in Rominten, in Schönhausen bei Berlin, in Schwedt an der Oder, in Homburg vor der Höhe, in Oliva, in Koblenz; ferner gehören ihm noch mehrere Jagdschlösser. Das Jagdschloß Hartzfelde, das Jagdschloß bei Gerdau, Rominten ist gleichfalls sein Jagdschloß. Das Jagdschloß Springe, das Schloß Erdmannsdorf in Schlesien, das Jagdschloß Neuhagen, Neurath, Gergersgarten und der Jageshof bei Düsseldorf, der zum Verkauf gestellt ist. Ebenso wie das Schloß Bernau Privateigentum des Kaisers ist, ist es auch das Schloß Renthewitz, das Schloß zu Prütz, von dem Kaiserlich besetzt wurde, wurde jüngst durch das ungenügende Verschulden des Kaisers, das es verkauft worden ist, das ungenügende Verschulden auf den Kopf der Kaiserin, sowie durch das neue Residenzschloß in Potsdam, das im Bau begriffen ist. Die Schlösser Kaiser Wilhelms I. sind Privateigentum des Prinzen Heinrich von Preußen, das Schloß Kaiser Friedrichs gehört dem Kronprinzen. Der Kaiser besitzt also 49 Schlösser in Privateigentum, zu denen als fünfziges noch das Kaiserliche Residenzschloß in Potsdam. Die Schlösser sind dagegen Eigentum der Krone.

Der Kaiser ist übrigens auch der größte Grundbesitzer Preußens, da er 83 Güter besitzt mit einem Gesamtumfang von ungefähr 100,000 Hektar, während zum Beispiel der Fürst von Pleß, der zweitgrößte Grundbesitzer, nur circa 80 Güter mit ungefähr 60,000 Hektar Umfang besitzt.

Fürst Fürstenberg beim Kaiser.

Fürst Egon zu Fürstenberg, bei dem der Kaiser in den bedeutendsten Anwesenheiten zu Gast war, hat diesen Besuch bereits in Potsdam erwidert. Der „Berl. Vorl.-Blg.“ wird dazu von unrichtiger Seite geschrieben:

Der Besuch des Fürsten Fürstenberg beim Kaiser wird in einigen Zeitungen als ein politisches Ereignis angesehen. Man geht dabei von der Voraussetzung aus, daß Fürst Fürstenberg politische Ehregeheusche, und man folgert, daß Fürst Fürstenberg als zukünftiger Reichskanzler in Betracht kommt. Zunächst aber ist Fürst Fürstenberg lediglich ein Mann von politischen Talenten, und der Besuch des Kaisers mit ihm ist nichts weiter als ein politischer. Seit jeher haben die Vermutungen einer Reichskanzlerwahl des Fürsten Fürstenberg im Zusammenhang mit dem Kaiserlichen Hofe seitert ertrag; dem sündendlichen Managen genügt voll und ganz die Rolle, die er als solcher spielt.

Das Blatt hat recht; es wurden bei dem Besuche in Potsdam wirklich nicht politische Angelegenheiten erörtert. Vielmehr handelte es sich, wie vermeldet, um den Erwerb einiger der zum Verkauf stehenden königlichen Schlösser, mit denen Fürst Fürstenberg, der „reichte Fürst“, seinen Fideikommissbesitz erweitern möchte.

Wo Sparsamkeit Verschwendung ist.

Wie die Staatsbahnverwaltung Sparsamkeit an unrichtiger Stelle übt, beweist die Befestigung Dienststellen an den Strecken der Samburg und Selter Eisenbahn westlich von Sandau. So wird bei der Station Staaken der Dienst von nachmittags 5 Uhr bis zum anderen Morgen nur von einem einzigen Beamten versehen. Dieser soll Fahrkarten verkaufen, auch Snippen, das Telephon bedienen, die Ein- und Ausfahrtssignale stellen, die ankommenden und abfahrenden Züge bedienen, Wagentüren schließen, die Billetttickets ausgeben und die auf dem Bahnsteig stehenden, etwa erschienenen Betrugsmaßregeln wieder rückgängig machen; außerdem hat er noch die Funktionen der Bahnpolizei auszuführen.

Es ist unmöglich, daß ein einziger Mann alle diese Verpflichtungen immer ganz vorrecht ausführen kann; denn wenn er beispielsweise einen ankommenden Zug abfertigen hat, kann er einem nachfolgenden Schnellzuge nicht das Signal auf freies Fahren stellen; der Zug muß vielmehr vor der Station stehen halten, bis das Signal gezogen ist. Zur Überwachung der Fahrgastkontrolle am Ausgang des Bahnhofs hat er nur in den seltensten Fällen Zeit.

Außerdem Eisenbahnübergang bei der Naunenerstraße zu Spandau wurde der Schwanenwarterdienst bisher von 3 Wäldeu versehen; es sind diese Leute, die im Eisenbahndienst einen Unfall erlitten haben; sie bezogen eine kleine Rente und ein niedriges Monatsgehalt, das wesentlich kleiner ist als

die Bezüge eines vollbezahlten, vollkommen dienstfähigen Beamten. In neuerer Zeit ist dieser Bahnhofsübergang jedoch durch Befestigung der Züge und stärkeren Straßenerker erheblich erleichtert worden, und die Invaliden haben nun Verlegung auf andere, weniger schwierige Posten; es ist darauf auch ein Wechsel an den Dienststellen eingetreten; die Invaliden vom der Naunenerstraße tauchten den Dienst mit Beamten von der Naunenerstraße; ferner aber erregte es sich, daß ebenfalls nicht leicht. Gestern aber wurde die Verlegung der Naunenerstraße — Berlin den Übergang passierte, ohne daß die Schranken geschlossen waren!

Unter den Verhältnissen, wie sie hier vorliegen, wä dft in natürlich die Wahrscheinlichkeit einer schlimmen Eisenbahnkatastrophe. Abgesehen von der Gefährdung von Menschenleben durch diese Art der Verlegung, mit der hinterher erhebliche Vermögensverluste verbunden sein pflegen, ist allein der Materialschaden bei großen Katastrophen so erheblich, daß er weitaus die Ersparnisse übersteigt, die durch die Ankauf von Bedienungsmaterial herbeigeführt werden.

Dr. Schüding wird Rechtsanwalt.

Wie die „Hess. Landeszeitung“ erfährt, beabsichtigt Bürgermeister Dr. Schüding sich in Fortmund als Rechtsanwalt niederzulassen.

Die französischen Flottenrüstungen.

Beschäftigten gestern den Senat. Aus Paris berichtet wird, frage das Mitglied der Rechten Amargelle, ob angeht die besatzenden Möglichkeiten eines Krieges, der auf allen Seiten drohe, noch Zeit sei, die französische Marine zu reorganisieren, der Reber verweis Frankreich auf das Beispiel Englands, das seit der Rede des Lord Roberts eine bewundernswürdige patriotische Energie gezeigt habe, während die französische Marine die von der Republik zur Hilfe gebracht worden sei, wurde aber von der Rechten unterbrochen. Der Senator Delahaye wachte zur Ordnung auf. Im weiteren Verlauf seiner Rede lagte der Marineminister, es würden alle Aufzehrungen gemacht werden, und die Mittel Frankreichs einzuhalten. Die großen Einheiten würden im nächsten Flottenprogramm einen hervorragenden Platz einnehmen, jedoch sollten die kleinen Schiffe nicht gespart werden. Der Minister erwiderte jedoch das bereits in der Nummer bekanntgemachte Programm für die Reorganisation der Marine. Hierauf wurde die Generaldebatte geschlossen. In der Spezialberatung wurden die ersten fünf Artikel angenommen.

Die Präsidentenrats.

ift gestern in der russischen Reichsbank angebrochen. Wie aus Petersburg gemeldet wird, richtete der Abgeordnete Romanow von der Arbeiterpartei bei der Beratung des Gesetzes über die Gefangenenverwaltung heilige Angriffe gegen die Regierung. Da der Präsident der Duma, Schomajew, gegen Romanow eintrat, verließen die Rechten die Gemäßigten demokratisch die Duma. Präsident Schomajew erklärte darauf, schließlich die Duma einzuweisen zu wollen; die Dumaangehörigen teilte jedoch mit, daß das Demissionsgesuch Schomajews bisher nicht eingegangen sei.

Der belaidete Senat.

Der Präsident Roosevelt hat kurz vor seinem Ausreisen auf diesen Kontinent noch einen scharfen Konflikt mit dem amerikanischen Senat provoziert. Wie aus Washington berichtet wird, sagte der Senat gestern eine Resolution, in der die Budgetkommission angewiesen wird, in Erwägung einzutreten über eine Stelle in Roosevelts Hofstaat an den Kongress, in der es heißt, die Gehaltsliste solle den Mitgliedern des Kongresses ihre Aufmerksamkeit zuwenden. Die Kommission soll Vorarbeiten machen, welche Stellung der Senat in dieser Angelegenheit einnehmen soll. Der Senator Bailey erklärte, die Ausweisung des Präsidenten sei die größte und leichtfertige Verleumdung, die jemals einer öffentlichen Persönlichkeit der Welt angetan worden sei. Roosevelt wird diesen scharfen Angriff sicherlich nicht unerwidert lassen. Man darf sich daher auf einen heftigen Kampf zwischen dem Präsidenten und dem Senat gefasst machen.

Alles rüstet!

Mit einem auffälligen Eifer betreiben die Hauptstädte Südamerikas eine Vergrößerung ihrer Flotte und eine Verstärkung ihrer sonstigen militärischen Rüstungen. Nach einem Telegramm aus Rio de Janeiro nahm die brasilianische Deputiertenkammer in geheimer Sitzung die Rüstungsverträge an, durch die die Regierung zur Ausgabe von 75 Millionen Dollars ermächtigt wird.

Wie aus Buenos Aires berichtet wird, genehmigte die argentinische Deputiertenkammer gestern ebenfalls mit großer Mehrheit die Rüstungsverträge, durch die die Regierung ermächtigt wird, für Rüstungszwecke einen Betrag bis zu 100 Millionen Papierpiaster auszugeben. Die Rüstungen umfassen die Vermehrung der Flotte, den Ankauf von Artilleriematerial und von Geschützen. Das Gesetz über den Sanzweiter großer Panzerschiffe vor. Die Kammer erteilte die Ermächtigung zum Bau eines dritten Panzers, wenn er nötig sein sollte.

London, 17. Dezember. Der Bankier Miquel, dessen Jnsolvenz, wie gemeldet, eine gefährliche Krise hier hervorgerufen hatte, ist unter der Aufsichtnahme des Bankenausschusses verhaftet worden. Die Untersuchung hat ergeben, daß die Passiven über drei Millionen Francs betragen. Man befragte, daß der Konturs noch weitere Zahlungseinstellungen zur Folge haben wird.

Stots (Japan), 17. Dezember. General Anzawa, einer der Unterführer Karaki, im russisch-japanischen Krieg, ist als